



Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 20/5205

08. September 2025

Ein starkes Europa in rauer See – Dänemarks EU-Ratspräsidentschaft 2025

Zwischen Verteidigung, Wettbewerbsfähigkeit und Demokratie: Was das Programm aus Kopenhagen auch für Schleswig-Holstein bedeutet.

Am 1. Juli hat Dänemark turnusgemäß die EU-Ratspräsidentschaft übernommen – inmitten einer angespannten geopolitischen Lage und unter hohen Erwartungen an ein handlungsfähiges Europa. Das Präsidentschaftsprogramm mit dem Titel „[A strong Europe in a changing world](#)“ setzt klare Schwerpunkte: Sicherheit, Wettbewerbsfähigkeit, grüner Wandel – und die Verteidigung europäischer Demokratien. Auch für Schleswig-Holstein, mit seiner Nähe zu Skandinavien und seiner Rolle in der Ostseekooperation, sind zentrale Impulse zu beobachten.

Zwei Prioritäten – ein Ziel: Eigenständigkeit und Widerstandskraft Europas

Dänemark betont, dass die EU sich künftig aus eigener Kraft verteidigen können müsse – militärisch, wirtschaftlich, digital und gesellschaftlich. Im sicherheitspolitischen Teil des Programms steht daher der Ausbau der europäischen Verteidigungsindustrie im Zentrum: über das neue EDIP-Programm, den „ReArm Europe“-Plan und eine engere Verzahnung mit der ukrainischen Rüstungswirtschaft. Kopenhagen verweist auf die Verbindung zwischen sicherheitspolitischer Eigenständigkeit und wirtschaftlicher Widerstandsfähigkeit.

Darüber hinaus wird auf eine vertiefte sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit Drittstaaten hingearbeitet – etwa durch strategische Partnerschaften entlang der Migrationsrouten, aber auch im Rahmen der NATO-EU-Kooperation. Die Resilienz kritischer Infrastrukturen, einschließlich Unterwasserleitungen und digitaler Netze, wird als Schlüsselthema benannt.

Democracy Shield – Europas Antwort auf Desinformation

Ein zentrales Vorhaben ist der Aufbau eines europäischen *Democracy Shield*. Gemeint ist damit ein umfassendes Maßnahmenpaket zum Schutz demokratischer Gesellschaften – durch Medienregulierung, digitale Resilienz, Bekämpfung von Desinformation und Stärkung unabhängiger Berichterstattung. Die dänische Ratspräsidentschaft will insbesondere ein verlässliches Umfeld für vertrauenswürdige Medien schaffen und Tech-Konzerne stärker in die Pflicht nehmen.

Wettbewerbsfähigkeit und grüner Wandel – Entlastung durch Vereinfachung

Im wirtschaftspolitischen Teil der Ratspräsidentschaft geht es um strukturelle Wettbewerbsfähigkeit. Neben Binnenmarkt, Kapitalmarktunion und neuen Handelsabkommen steht die *Entbürokratisierung* im Fokus: Die dänische Ratspräsidentschaft priorisiert Vereinfachungsinitiativen der Kommission – darunter ein [Omnibus-Verfahren](#) für bessere Rechtsetzung.

Die Verhandlungen zum nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) sollen erste Leitplanken für eine effektive, zielgerichtete und regelkonforme EU-Haushaltspolitik ab 2028 setzen.

Kopenhagen betrachtet den grünen Umbau der europäischen Wirtschaft als Motor für Wettbewerbsfähigkeit. Die Ratspräsidentschaft legt Wert auf eine industriepolitische Umsetzung des Green Deal, will Investitionen in erneuerbare Energien erleichtern und Rahmenbedingungen für bezahlbare Energie sichern. Im Fokus stehen die Verhandlungen zum 2040-Klimaziel und die Elektrifizierung industrieller Prozesse.

Kohäsion, Erweiterung, Haushalt – Verbindungen und Spannungen

Die Ratspräsidentschaft fällt in die heiße Phase der Vorbereitungen für den nächsten MFR. Dänemark will erste Fortschritte bei einer „modernen Kohäsionspolitik“ erzielen und verweist auf den Zusammenhang mit dem Europäischen Semester. Die Verständigung auf einen ersten Verhandlungsrahmen wird für Ende des Jahres angestrebt.

Der geplante Erweiterungsprozess – insbesondere mit Blick auf die Ukraine, Moldau und die Westbalkanstaaten – wird als sicherheitspolitisches Gebot beschrieben. Damit gewinnt auch die Frage an Bedeutung, wie künftige Haushalts- und Kohäsionsinstrumente mit dem Erweiterungspfad verbunden werden können. Dänemark sieht in der internen Reform der EU eine notwendige Voraussetzung für die Erweiterung.

Ostseeraum im Fokus – maritime Resilienz und regionale Zusammenarbeit

Die dänische Ratspräsidentschaft bringt mehrere für die Ostseeregion relevante Themen auf die Agenda. Dazu zählt die „[Integrated Maritime Policy](#)“ mit einem geplanten [European Oceans Pact](#). Auch die Resilienz maritimer Infrastrukturen wie Unterwasserkabel steht im Zusammenhang mit sicherheitspolitischen Initiativen der Ratspräsidentschaft.

Wichtige Grundlagen der dänischen Ratspräsidentschaft

Die dänische Präsidentschaft beruft sich bei der Formulierung ihrer inhaltlichen Schwerpunkte auf folgende strategische Rahmendokumente:

- [Strategische Agenda des Europäischen Rates 2024–2029](#): Dieses im Juni 2024 verabschiedete Dokument benennt die langfristigen politischen Zielsetzungen der EU, insbesondere mit Blick auf Sicherheit, Wettbewerbsfähigkeit, die grüne Transformation, eine verantwortungsvolle Migration und den Schutz der Demokratie. Es bildet die Grundlage für die politische Kohärenz aller EU-Institutionen.
- [Achtzehnmonatsprogramm der Trio-Präsidentschaft Polen – Dänemark – Zypern](#): Das gemeinsame Programm für den Zeitraum Januar 2025 bis Juni 2026 definiert Schwerpunkte und Kontinuitäten zwischen den drei Ratsvorsitzen. Dänemark übernimmt den Vorsitz von Polen und gibt ihn zum Jahresbeginn 2026 an Zypern weiter.
- [Democracy Defence Package / European Democracy Shield](#): Vorgestellt von der Kommission im Frühjahr 2025. Ziel ist der Schutz demokratischer Institutionen gegen Einflussnahme von außen, insbesondere durch digitale Desinformation. Das Paket umfasst auch Legislativvorschläge zur Transparenz von Interessensvertretung durch Drittstaaten.
- [Pakt zu Migration und Asyl \(Mai 2024\)](#): Der von Parlament und Rat verabschiedete Migrationspakt bildet den Rahmen für die aktuelle Asyl- und Rückführungspolitik der EU. Dänemark hat angekündigt, die Umsetzung aktiv voranzutreiben und zusätzliche strategische Partnerschaften mit Drittstaaten zu schließen.
- [Vorbereitungsarbeiten zum Mehrjährigen Finanzrahmen \(MFR\) 2028–2034](#): Die dänische Präsidentschaft begleitet die erste Phase der Verhandlungen nach Vorlage des Kommissionsvorschlags (Sommer 2025). Ziel ist ein finanzpolitischer Rahmen, der Sicherheits- und Wettbewerbsprioritäten mit traditionellen Politiken wie Kohäsion und Landwirtschaft in Einklang bringt.

- [Grüner Deal und RePowerEU-Plan](#): Als wirtschafts- und energiepolitische Grundlage prägt der europäische Green Deal weiterhin zentrale Initiativen. Dänemark verweist auf die Verbindung zwischen Klimazielen und industrieller Wettbewerbsfähigkeit, etwa bei der Umsetzung des Fit-for-55-Pakets, der Energieinfrastruktur oder bei kritischen Rohstoffen.

Quellen:

1. Dänische Ratspräsidentschaft der EU (2025): *Programme of the Danish EU Presidency 2025*, <https://danish-presidency.consilium.europa.eu/en/programme-for-the-danish-eu-presidency/programme-of-the-danish-eu-presidency/>
2. Wissenschaftlicher Dienst des Deutschen Bundestages (2025): *Aktueller Begriff Europa - Aktueller Begriff Europa - Schwerpunkte der dänischen EU-Ratspräsidentschaft 2025* <https://www.bundestag.de/resource/blob/1098476/schwerpunkte-daenischen-EU-Ratspraesidentschaft-2025.pdf>
3. Europäische Kommission (2024): *Strategic Agenda 2024–2029*, <https://www.consilium.europa.eu/de/european-council/strategic-agenda-2024-2029/>